

Bad Herrenalb 22.-24.9.2021 Beitrag Ute Finckh-Krämer zum Panel „Welche konkreten Schritte zu einer IP sind nötig und möglich?“

Ich möchte zunächst eine Erfahrung aus dem Auswärtigen Ausschuss und dem Unterausschuss Zivile Krisenprävention teilen: es gab ein mühsames Gesetzesvorhaben, für das der Auswärtige Ausschuss in der 18. Wahlperiode federführend war, das so genannte Sekundierungsgesetz für zivile Fachkräfte, die zu internationalen Organisationen bzw. von ihnen geführten Missionen entsandt werden, aber keine Beamten oder Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes sind. Der Prozess hatte sich vorher mehrere Jahre hingezogen. Schließlich wurde in dem Gesetz geregelt, dass die entsprechenden Fachkräfte für die Zeit ihrer Entsendung beim Zentrum für Internationale Friedenseinsätze angestellt und versichert werden. Es ging um Kosten in der Größenordnung von 10 Millionen €.

Noch mühsamer war es, eine Lösung für das eben von Herrn Twelmeier geschilderte Problem durchzusetzen, dass die Polizist*innen, die sich für internationale Einsätze melden, in ihren Einsatzstellen fehlen. Genauer gesagt: es gab bereits in der Wahlperiode, in der ich im Bundestag war, einen Lösungsvorschlag, er war aber nicht durchsetzbar. Die Idee, die maßgeblich von der damaligen Vizepräsidentin des Bundestags, Edelgard Bulmahn, mit entwickelt worden war, lautete: Der Bund finanziert den Ländern eine bestimmte Anzahl von Stellen unterschiedlicher Laufbahngruppen und Qualifikationen. Die Länder entsenden im Gegenzug die gleiche Anzahl von Polizist*innen, die bereit sind, an Auslandseinsätzen teilzunehmen, in einen Pool, aus dem schnell Polizist*innen in Auslandseinsätze entsandt werden können. Zwischen den Einsätzen könnten die Polizist*innen aus dem Pool vergangene Einsätze auswerten, sich auf zukünftige Einsätze vorbereiten, sich mit Polizist*innen anderer Länder, die sich an internationalen Polizeimissionen beteiligen, austauschen oder an öffentlichen Veranstaltungen zum Thema Polizeimissionen teilnehmen. Auch hier wäre es um einen zweistelligen Millionenbetrag pro Jahr gegangen, also um überschaubare Summen. Damit ließe sich das von Andreas Zumach angesprochene Problem der nicht vorhandenen Ressourcen für zivile Beobachtungsmissionen bzw. Polizeimissionen zumindest durch einen adäquaten deutschen Beitrag abmildern. Es hat übrigens durchaus Wirkung, wenn das größte EU-Land Deutschland in bestimmten Bereichen mit gutem Beispiel voran geht, sodass damit andere Länder motiviert werden könnten, auch mehr geeignet qualifizierte Polizist*innen in entsprechende Einsätze zu entsenden.

Das Zentrum für Verifikationsaufgaben der Bundeswehr macht Rüstungskontroll-Lehrgänge mit Teilnehmer*innen aus diversen OSZE-Staaten, auch aus Staaten der ehemaligen Sowjetunion wie Belarus oder den zentralasiatischen Staaten. Analog wären gemeinsame Trainings von für Polizeimissionen vorgesehenen Polizist*innen aus OSZE-Ländern auf freiwilliger Basis als Vorstufe für eine echte VN-Polizei realistisch.

Bei der Diskussion über die tatsächlichen oder realen Grenzen polizeilichen Handelns dürfen wir nicht vergessen, dass völlig unbestritten immer wieder Militär in Auslandseinsätzen für Aufgaben eingesetzt wurde und wird, die im globalen Norden ganz oder überwiegend polizeiliche Aufgaben sind. Dazu gehören der Umgang mit potenziellen Terroristen und mit Drogenhandel, der Schutz ziviler Infrastrukturen, der Schutz von

Kommunen oder ethnischen Gruppen vor bewaffneten Überfällen – von dem Versuch einiger Armeen, Aufgaben im Bereich Humanitäre Hilfe oder Entwicklungszusammenarbeit an sich zu reißen ganz zu schweigen. Der Genozid in Ruanda wurde überwiegend mit Macheten durchgeführt, nicht mit Kriegswaffen – um ihn zu verhindern, wären Polizist*innen vermutlich kompetenter gewesen als Soldaten.

Massiver Drogenhandel kann, wie sich immer wieder gezeigt hat, nicht mit militärischen Mitteln bekämpft werden. Auch Polizei kann ihn dort, wo er für einen erheblichen Teil der Bevölkerung die Existenzgrundlage bildet, nicht mit Aussicht auf Erfolg bekämpfen. Hier muss über völlig andere Maßnahmen bis hin zur Legalisierung zumindest des Konsums „weicher“ Drogen in den Konsumentenländern nachgedacht werden.

Ein gutes Beispiel für einen Militäreinsatz, der genauso gut oder besser als Polizeieinsatz hätte durchgeführt werden können, wenn denn die entsprechende Zahl von Polizist*innen verfügbar gewesen wäre, war der NATO-Einsatz in Mazedonien 2001 bis 2003. Er war präventiv - es ging um lokale Spannungen zwischen den albanischen und den mazedonischsprachigen Volksgruppen, die zu eskalieren drohten, und um Waffen und Munition, die eingesammelt werden sollten (und zumindest teilweise auch wurden). Lokale Spannungen zu erkennen und zu deeskalieren, die als Funke im Pulverfass wirken und massive Gewalt zur Folge haben können, ist eine typische Polizeiaufgabe, keine Aufgabe für Militäreinheiten.

Bereits jetzt sinnvoll und umsetzbar ist eine Auswertung der bisherigen Polizeieinsätze der EU und der Vereinten Nationen: In welcher Situation erfolgte der Einsatz? Was war die Situation im Einsatzland (eskalierender Konflikt, Nachkriegssituation, Auswirkungen von Konflikten im Nachbarland wie z.B. hohe Zahl von Geflüchteten, Prävention z.B. bei Wahlen/Wahlbeobachtung)? Wie waren Zusammensetzung, Mandat, Finanzierung des Einsatzes? Was wurde erreicht, was ist schiefgelaufen? War das Mandat überhaupt realistisch, wie wurde die örtliche Bevölkerung einbezogen, wie nachhaltig war der Erfolg, wie funktionierte die Zusammenarbeit bei multinationalen Kräften?

Als Abgeordnete konnte ich einen unbewaffneten Einsatz kennen lernen, an dem – gemeinsam mit Kräften aus gut 20 anderen EU-Ländern - sowohl deutsche Polizist*innen als auch ehemalige Soldaten oder Diplomaten beteiligt waren: die EU Monitoring Mission in Georgien, die die Kontaktlinie zwischen Südossetien und dem unter Regierungskontrolle stehenden Staatsgebiet von Georgien überwacht. Hier gab und gibt es keine Probleme, bei denen Waffen eingesetzt werden müssen, stattdessen z.B. Probleme mit Festnahmen nach beabsichtigtem oder unbeabsichtigtem Überschreiten der nicht überall klar gekennzeichneten Kontaktlinie oder mit über die Grenze entlaufenen Tieren. Da, wo bereits ein Grenzzaun errichtet ist, wurde uns ein Tor mitten im Grünen gezeigt: es dient zweimal im Jahr für die Passage von Rindern und Schafen zu den Almen in Südossetien. Alte Weiderechte haben manchmal Vorrang vor neuen Grenzen!

Wichtig wäre – da wir ja auch über den Reformbedarf der Vereinten Nationen diskutiert haben – ein Vorstoß auf VN-Ebene, dass politische Missionen, die meistens präventiv

eingesetzt werden und bei denen manchmal auch polizeiliche Expertise oder Unterstützung gebraucht wird, genauso verlässlich finanziert werden wie Blauhelmeinsätze – was allerdings nicht dazu führen darf, dass diese im Sicherheitsrat durch ein Veto blockiert werden können.

Wichtig ist schließlich, das, was wir in Konfliktregionen leisten wollen, auch im eigenen Land möglichst gut umzusetzen. Die Jahrestagung der Plattform Zivile Konfliktbearbeitung Anfang März 2020 zu Konflikten im kommunalen Zusammenhang hat gezeigt, wie wichtig auch in Deutschland eine Polizei ist, die über hohe Konfliktkompetenz verfügt.

Es braucht unterschiedliche Konzepte für unterschiedliche Einsätze: Community Policing ist etwas anderes als eine Ausbildungsmission im Rahmen einer Sicherheitssektorreform oder gar die Unterstützung beim Aufbau von Spezialkräften für den Umgang mit Terrorismus oder Geiselnahmen.

Der Grundsatz des „Do no harm“, der im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit entstanden ist, bedeutet unter anderem, dass bestehende oder traditionelle Strukturen, die zur konstruktiven Konfliktbearbeitung oder zur Ahndung bzw. Verhinderung von Gewalttaten genutzt wurden oder werden, nicht durch ein übergestülptes neues System marginalisiert werden dürfen. Es muss immer Teil des Unterstützungsprozesses sein, mit der Zivilgesellschaft des Landes zu prüfen, ob eine Transformation oder Anpassung dieser Strukturen möglich, hilfreich, erfolgversprechend ist. Wolfgang Heinrich hat das am Beispiel Somaliland eindrucksvoll aufgezeigt.